_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 2

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 15.02.2001

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 21.11.2002

3. Instanz

Datum 11.11.2003

Die Revision der Kläger gegen das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ⅓rttemberg vom 21. November 2002 wird zurÃ⅓ckgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind auch im Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

Gründe:

1

Streitig ist die Höhe der Beiträge der Kläger zu der beklagten Berufsgenossenschaft (BG) für die Jahre 1994 bis 1997.

Die KlĤger betreiben ein Architekturbüro in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Die Beklagte veranlagte sie nach ihrem ab 1. Januar 1990 geltenden Gefahrtarif (im Folgenden Gefahrtarif 1990) zur Gefahrtarifstelle 4.2 (Architekten) mit der Gefahrklasse 2,2 (Bescheid vom 13. Juli 1990). Diese Veranlagung legte sie ihren Beitragsbescheiden vom 27. April 1993, 27. April 1994 und 25. April 1995 für die Beitragsjahre 1992 bis 1994 zu Grunde. Die Kläger erhoben jeweils Widerspruch und machten geltend, nur die Teillohnsumme von ca 9,65 % erfülle die Voraussetzungen der Gefahrklasse 2,2, ansonsten werde

ausschlieÄ lich Bürotà tigkeit verrichtet. Ihre Betriebsweise weiche erheblich von der anderer Architekturbüros ab, bei denen ein Projekt vom Entwurf bis zur Realisierung von einem Architekten begleitet werde, da bei den von ihnen geplanten Groà projekten eine personelle Arbeitsteilung sowie eine Trennung zwischen Planung und Bauausführung bestehe. Die Beklagte wies die Widersprüche gegen den Veranlagungsbescheid vom 13. Juli 1990 und gegen den Beitragsbescheid für das Jahr 1993 zurück (Widerspruchsbescheid vom 4. April 1996). Da die Klà ger die Rechtsmittelfrist gegen den Veranlagungsbescheid versà umt hà ten, sei dieser bindend geworden; diese Bindungswirkung betreffe auch die Zugrundelegung der dort festgesetzten Gefahrklasse für die Beitragserhebung im Bescheid vom 27. April 1994.

Nach In-Kraft-Treten ihres ab 1. Januar 1995 geltenden Gefahrtarifs (im Folgenden Gefahrtarif 1995) veranlagte die Beklagte die Kläger zur Gefahrtarifstelle 10 (Architekturbüro) mit der Gefahrklasse 2,2 (Bescheid vom 13. Februar 1996) und legte diese ihren Beitragsbescheiden vom 26. April 1996, 25. April 1997 und 27. April 1998 fþr die Jahre 1995 bis 1997 zu Grunde. Die Kläger erhoben Widerspruch gegen den Veranlagungsbescheid und gegen den Beitragsbescheid vom 26. April 1996 und trugen vor, sie stþtzten sich "schwerpunktmäÃ∏ig auf Ziff. 2 der Sonstigen Bestimmungen" des Gefahrtarifs, denn bei erheblich abweichender Betriebsweise sei eine Herabsetzung der Gefahrklasse vorzunehmen. Daraufhin lehnte die Beklagte die beantragte Herabsetzung der Gefahrklasse ab 1. Januar 1990 durch Bescheid vom 13. November 1996 und die beantragte Herabsetzung ab 1. Januar 1995 durch Bescheid vom 17. April 1997 ab. Eine Prüfung der Unternehmensverhältnisse habe regelrechte Betriebsverhältnisse ergeben; das Strukturbild des Unternehmens der Kläger entspreche dem der Gefahrengemeinschaft.

Nach In-Kraft-Treten ihres ab 1. Januar 1998 geltenden Gefahrtarifs (im Folgenden Gefahrtarif 1998) veranlagte die Beklagte die Kläger zur Gefahrtarifstelle 13 (Architekturbüro) mit der Gefahrklasse 0,72 (Bescheid vom 31. März 1998). Auch hiergegen erhoben die Kläger Widerspruch, ebenso gegen die unter dem 15. Oktober 1998 jeweils gesondert ergangenen Bescheide zur Abänderung der Beitragsbescheide für die Jahre 1994 und 1995. Die Beklagte wies die Widersprüche gegen den Veranlagungsbescheid vom 13. Februar 1996, die Ablehnung der Herabsetzung der Gefahrklasse ab 1. Januar 1990 und ab 1. Januar 1995 sowie gegen die Beitragsbescheide für die Jahre 1994 bis 1997 zurück (Widerspruchsbescheid vom 16. Dezember 1998). Eine von der üblichen erheblich abweichende Betriebsweise müsse auÃ∏ergewöhnlich sein und dürfe in der Regel bei Unternehmen derselben Unternehmensart nicht vorkommen. Eine solche Betriebsweise sei hier nicht festzustellen. Die Widersprüche gegen die Beitragsbescheide für die Jahre 1995 und 1996 bezögen sich inhaltlich auf die Veranlagung und seien deshalb zurückzuweisen.

Auf die von den Klägern hiergegen erhobene Klage, die allein auf die Verurteilung der Beklagten zur Neubescheidung der Herabsetzungsanträge gerichtet war, hat das Sozialgericht (SG) Stuttgart die Bescheide vom 13. November 1996 und 17. April 1997 sowie vom 25. April 1995, 26. April 1996, 25. April 1997 und 27. April

1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16. Dezember 1998 aufgehoben und die Beklagte verurteilt, die AntrĤge der KlĤger auf Herabsetzung der Gefahrklasse vom 20. Oktober 1994 und 27. Februar 1995 gemĤÄ[] der Rechtsauffassung des Gerichts zu bescheiden (Urteil vom 15. Februar 2001). Die Beklagte sei der BegrĹ⁄₄ndungspflicht fù⁄₄r ihre Ermessensentscheidung nicht nachgekommen; den KlĤgern sei nicht erkennbar gewesen, auf Grund welcher Erhebungen und welcher ErwĤgungen die Beklagte zu den angegriffenen Ausgangsentscheidungen gekommen sei.

Auf die Berufung der Beklagten hat das Landessozialgericht Baden-Württemberg (LSG) das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen (Urteil vom 21. November 2002). Gegenstand des Berufungsverfahrens seien auÃ∏er den die Herabsetzung der Gefahrklasse ablehnenden Bescheiden vom 13. November 1996 und 17. April 1997 auch die Beitragsbescheide für die Jahre 1994 bis 1997; auch Ã⅓ber den damals noch nicht beschiedenen Widerspruch gegen den Beitragsbescheid vom 25. April 1995 fÃ⅓r das Jahr 1994 habe die Beklagte sachgerecht durch den Widerspruchsbescheid vom 16. Dezember 1998 entschieden. Die Veranlagungsbescheide zu den Gefahrtarifen 1990 und 1995 seien hingegen nicht Verfahrensgegenstand, da die WidersprÃ⅓che der Kläger durch die Widerspruchsbescheide vom 4. April 1996 und vom 16. Dezember 1998 insoweit bestandskräftig zurÃ⅓ckgewiesen worden seien. Ebenfalls nicht Verfahrensgegenstand seien die Beitragsbescheide fÃ⅓r die Jahre ab 1998 geworden, weil diese auf dem Gefahrtarif 1998 beruhten.

Mit den bestandskrĤftigen Veranlagungsbescheiden habe die Beklagte die KlĤger für die Dauer der ab 1. Januar 1990 bzw 1. Januar 1995 geltenden Gefahrtarife neu zu den Gefahrklassen veranlagt, wobei sie nicht an frühere Entscheidungen gebunden gewesen sei, weil die Einstufung nach § 734 Abs 1 der Reichsversicherungsordnung (RVO) durch die Geltungsdauer des jeweiligen Gefahrtarifs auflĶsend bedingt sei. Der BG sei entgegen der Ansicht des SG kein Ermessen bei der Entscheidung eingerĤumt, ob die Gefahrklasse herabzusetzen sei; bei Vorliegen der Voraussetzungen der in Teil II Nr 2 des Gefahrtarifs festgelegten Voraussetzungen mýsse eine abweichende Veranlagung vorgenommen werden. Die danach mögliche und gebotene freie Ã⊓berprÃ⅓fung habe ergeben, dass für die Zeit ab 1. Januar 1990 die Voraussetzungen einer Herabsetzung der Beitragsklasse iS dieser Norm nicht vorgelegen hÄxtten. Wenn dort von EinzelfĤllen die Rede sei, bedeute dies, dass nur auÄ∏ergewĶhnliche, für die betreffende Unternehmensart atypische Betriebsweisen eine Herabsetzung rechtfertigen kA¶nnten. Die Regelgefahrklasse einer Gefahrtarifstelle dA¼rfe nicht dadurch ausgehĶhlt werden, dass in erheblichem Umfang Beitragsklassenherabsetzungen bewilligt würden. Es stehe zur Ã∏berzeugung des Senats fest, dass in der von den KlAzgern geltend gemachten Betriebsweise kein auà ergewà ¶hnlicher Einzelfall gesehen werden kà ¶nne. Dies sei mit hinreichender Sicherheit den ab der Gefahrtarifsperiode 1984 gestellten 59 HerabsetzungsantrĤgen von anderen Architekturbüros zu entnehmen. Die UnternehmensverhĤltnisse sĤmtlicher Antragsteller, die nach ihrer SelbsteinschÄxtzung bereits eine erheblich abweichende Betriebsweise aufwiesen, lie̸en eine weit geringere AuÃ∏endiensttätigkeit erkennen, als die Kläger für

ihr Unternehmen dargelegt hÃxtten. Wenn deshalb in Unternehmen, die fÃ $\frac{1}{4}$ r sich eine strukturell vom Ã $\frac{1}{2}$ blichen abweichende Betriebsweise durch fehlenden oder geringen AuÃ $\frac{1}{2}$ endienst reklamierten, der AuÃ $\frac{1}{2}$ endienst insgesamt geringer sei als bei dem Unternehmen der KlÃxger, sei bei diesem eine branchentypisch auÃ $\frac{1}{2}$ ergewÃ $\frac{1}{4}$ hnlich abweichende Betriebsweise nicht festzustellen, sondern vielmehr davon auszugehen, dass bei der Unternehmensart "ArchitekturbÃ $\frac{1}{4}$ ro" eine Ã $\frac{1}{4}$ berwiegende bis ausschlieÃ $\frac{1}{4}$ liche BÃ $\frac{1}{4}$ rotÃxtigkeit noch zu den Ã $\frac{1}{4}$ blichen Betriebsweisen zÃxhle.

Mit ihrer â∏ vom LSG zugelassenen â∏ Revision rügen die Kläger eine Verletzung materiellen Rechts. Das Berufungsgericht habe für seine unzutreffende Rechtsauffassung, der BG sei bei der Entscheidung über die Herabsetzung der Gefahrklasse kein Ermessen eingerĤumt, keine Begrļndung gegeben. Die Vorschrift wolle sicherstellen, dass eine Herabsetzung (auch im Wege des Ermessens) dann nicht in Betracht kommen solle, wenn die objektiven tatbestandlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien; dies Ĥndere aber nichts daran, dass die Prüfung dieser Voraussetzungen zum Zweck der anschlieÃ∏enden Anwendung des Ermessens unerlägsslich sei. Werde diese Prähfung nicht vorgenommen, kA¶nne die vorgesehene Folgerung nicht in Angriff genommen werden. Daher erscheine eine Verfahrensweise, die Prüfung der tatbestandlich geforderten Feststellung "in concreto" nicht mehr vorzunehmen, nicht als sachgerecht. Weiter versto̸e die Auffassung des LSG, eine Herabsetzung komme nur in seltenen EinzelfĤllen in Betracht, gegen Wortlaut sowie Sinn und Zweck von Teil II Nr 2 des Gefahrtarifs der Beklagten. Ein solches Postulat lasse sich der Vorschrift nicht entnehmen, da zwar von EinzelfÄxllen, nicht jedoch von seltenen Einzelfällen die Rede sei, vom Gericht auf diese Weise vielmehr ein weiteres â∏∏ vom (materiellen) Gesetzgeber nicht fýr erforderlich gehaltenes â∏ Tatbestandsmerkmal hinzugefügt werde. Es sei auch nicht ersichtlich, dass eine bestimmte absolute Zahl von bewilligten Herabsetzungen das Merkmal "Herabsetzung in erheblichem Umfang" ausfA¼llen und dadurch eine AushA¶hlung der Regelgefahrklasse bewirken kA¶nnte; vielmehr mA¼sse ein relativer Grenzwert gefunden werden. Erst recht sei eine Zahl von Herabsetzungen, die das Merkmal "in erheblichem Umfang" ausfüllen könnten, nicht aus der Zahl der gestellten Herabsetzungsanträge ableitbar. Soweit das LSG "auÃ∏ergewöhnliche BetriebsverhĤltnisse" verlange, werde der Wortlaut des Gefahrtarifs nicht ernst genommen. Die Folgerungen des LSG beruhten letztlich offenkundig auf den Ausführungen von Schulz (in SGb 1993, 402 ff), der damals wohl der GeschĤftsfļhrung eines UnfallversicherungstrĤgers angehĶrt habe; dessen dem vorgegebenen Wortlaut widersprechende Kommentierung kA¶nne nicht die Entscheidung des autonomen Satzungsgebers au̸er Kraft setzen. Im Ã∏brigen sei vom LSG übersehen worden, dass auch nach dessen Vorstellung ein Ermessen bei der HA¶he der Herabsetzung bestehe. Dann aber kA¶nne im Rahmen der dort mĶglichen ErmessenserwĤgungen einer AushĶhlung von vornherein entgegengetreten werden.

Die KlĤger beantragen,

das Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 21. November 2002 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des SG Stuttgart vom 15. Februar 2001

zurückzuweisen.

Die Beklagte beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil für zutreffend. Insbesondere habe das LSG die Begriffe "Einzelfall" und "von der üblichen erheblich abweichende Betriebsweise" zutreffend äuÃ \square erst restriktiv ausgelegt. Einen "relativen Grenzwert", wie ihn sich die Kläger vorstellten, könne es angesichts der Vielzahl und Vielfalt der Unternehmensarten sowie deren vielfältiger Ausgestaltung im Bereich der Beklagten nicht geben. Letztlich verlangten die Kläger mit der Beitragsherabsetzung eine Differenzierung nach Tätigkeiten diverser Ausgestaltungen der jeweiligen Unternehmensart, die indes mit dem Gewerbezweigprinzip ihrer Gefahrtarife nicht vereinbar sei, sondern bei genereller Anwendung dessen Ende bedeuten würde. Angesichts der Vielzahl der möglichen Varianten der Betriebsweise von Unternehmen â \square auch von Architekturbüros â \square müsse auch von mehreren üblichen Betriebsweisen bzw verschiedenen Varianten der üblichen Betriebsweise ausgegangen werden.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne m \tilde{A}^{1} 4ndliche Verhandlung durch Urteil einverstanden erkl \tilde{A} xrt (\hat{A} § 124 Abs 2 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)).

Ш

Die Revision der KlĤger ist unbegrļndet. Das LSG hat zu Recht auf die Berufung der Beklagten das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Streitgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Herabsetzung der Gefahrklassen, zu denen die Kläger durch ihre Zuordnung zur Gefahrtarifstelle 4.2 des Gefahrtarifs 1990 ab 1. Januar 1990 und zur Gefahrtarifstelle 10 des Gefahrtarifs 1995 ab 1. Januar 1995 veranlagt wurden, auf Grund des Teils II Sonstige Bestimmungen Nr 2 der genannten Gefahrtarife ab 1. Januar 1990 und die Beiträge für die Jahre 1994 bis 1997, þber die die Beklagte in dem angefochtenen Widerspruchsbescheid vom 16. Dezember 1998 entschieden hat. Zutreffend ist das LSG davon ausgegangen, dass die Veranlagung der Kläger durch die Beklagte zu den Gefahrtarifen 1990 und 1995 selbst nicht Gegenstand des Berufungsverfahrens gewesen ist, da die betreffenden Veranlagungsbescheide der Beklagten bestandskräftig sind, im Ã□brigen diese auch von den Klägern nicht ausdrücklich angegriffen wird; dies gilt auch für das Revisionsverfahren.

MaÃ□gebliche Rechtsgrundlage zur Beurteilung der RechtmäÃ□igkeit der Beitragserhebungen in der gesetzlichen Unfallversicherung bis zum 31. Dezember 1996 ist die RVO und für die anschlieÃ□ende Zeit das Siebte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII), weil nach § 219 SGB VII, der am 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist, die Vorschriften des SGB VII erstmals für das Haushaltsjahr 1997 anzuwenden sind. Der Senat hat bereits ua in seinen Entscheidungen vom 6. Mai

2 U 17/02 R â∏∏ klargestellt, dass durch das SGB VII keine grundlegende Neuregelung des Beitragsrechts in der gesetzlichen Unfallversicherung erfolgt ist, sondern dass es im Wesentlichen das zuvor geltende Recht der RVO übernommen hat (vgl Begründung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung, <u>BT-Drucks</u> 13/2204, S 73, 110, 112). Die von den Unternehmen allein zu zahlenden BeitrĤge berechnen sich nach dem Finanzbedarf der jeweiligen BG, den Arbeitsentgelten der Versicherten in dem jeweiligen Unternehmen und dem in der Gefahrklasse zum Ausdruck kommenden Grad der Unfallgefahr in den Unternehmen (vgl §Â§ 723 Abs 1, 725 Abs 1, 730 RVO, §Â§ 150 Abs 1, 153 Abs 1, 157 Abs 3 SGB VII). Grundlage für die Beitragserhebung ist der Gefahrtarif, in dem entsprechend den Unfallgefahren bzw den GefĤhrdungsrisiken Gefahrtarifstellen zu bilden sind und den die jeweilige BG als autonomes Recht erlÄxsst (<u>§Â§ 730</u>, <u>734 Abs 1 RVO</u>; <u>§</u> 157 Abs 1 bis 3 SGB VII). Dieser Gefahrtarif war nach § 731 Abs 1 RVO alle fünf Jahre nachzuprüfen und darf nach § 157 Abs 5 SGB VII höchstens sechs Jahre gelten. Nach dem als Satzung anzusehenden Gefahrtarif der jeweiligen BG sind die Unternehmen für die Tarifzeit zu den Gefahrklassen zu veranlagen (§ 734 Abs 1 RVO, § 159 Abs 1 Satz 1 SGB VII).

Des Weiteren haben die BGen unter Berýcksichtigung der anzuzeigenden Versicherungsfälle Zuschläge aufzuerlegen oder Nachlässe zu bewilligen (§ 725 Abs 2 Satz 1 RVO, § 162 Abs 1 Satz 1 SGB VII). Die Höhe der Zuschläge und Nachlässe richtet sich nach der Zahl, der Schwere oder den Aufwendungen â□□ nach der RVO: Kosten â□□ der Versicherungsfälle oder nach mehreren dieser Merkmale (§ 725 Abs 2 Satz 3 RVO, § 162 Abs 1 Satz 4 SGB VII). Die sog Wegeunfälle (§ 550 RVO, § 8 Abs 2 Nr 1 bis 4 SGB VII) bleiben dabei auÃ□er Betracht (§ 725 Abs 2 Satz 2 RVO, § 162 Abs 1 Satz 2 SGB VII). AuÃ□erdem können die Unfallversicherungsträger unter Berücksichtigung der Wirksamkeit von PräventionsmaÃ□nahmen Prämien gewähren (§ 725 Abs 1 Satz 4 RVO, § 162 Abs 2 SGB VII).

Der neue \hat{A} § 162 Abs 1 SGB VII \tilde{A} ½bernimmt im Wesentlichen das bisher geltende Recht des \hat{A} § 725 Abs 2 RVO (BT-Drucks aaO, S 112). Der Neuregelung, dass das N \tilde{A} ¤here \tilde{A} ½ber das Zuschlags-Nachlass-Verfahren in "der" oder, da BGen nach \hat{A} § 114 Abs 2 Satz 1 SGB VII mehrere Satzungen erlassen d \tilde{A} ½rfen, "einer" Satzung zu erfolgen hat, wird durch eine Regelung in dem als Satzung beschlossenen Gefahrtarif Rechnung getragen. Die weiteren Neuregelungen hinsichtlich der zu ber \tilde{A} ½cksichtigenden Versicherungsf \tilde{A} ¤Ile sind im Rahmen der Ausgestaltung dieser Satzung zu ber \tilde{A} ½cksichtigen.

In den genannten Entscheidungen vom 6. Mai 2003 â B 2 U 7/02 R â D und â B 2 U 17/02 R â D hat der Senat auch klargestellt, dass entsprechend seiner bisherigen Rechtsprechung zu § 725 Abs 2 RVO auch fà 4r die Auslegung des § 162 Abs 1 SGB VII an Folgendem festzuhalten ist: Ein Zuschlags-Nachlass-Verfahren als solches ist zwingend vorgeschrieben. Bei seiner nà heren Ausgestaltung hat die jeweilige BG im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einen weiten Gestaltungsspielraum. Grund fà 1/4r diese à bertragung auf die Selbstverwaltung der BGen ist deren besondere Sachkunde und Sachnà he. Von den Gerichten ist nicht

zu entscheiden, ob das beschlossene Verfahren die zweckmäÃ∏igste, vernünftigste und gerechteste Regelung ist (BSGE 54, 232, 235 = SozR 2200 § 809 Nr 1). Das Verfahren muss Zuschläge und Nachlässe von wirtschaftlichem Gewicht vorsehen (BSG SozR 2200 § 725 Nr 10). Grenzen sind das Versicherungsprinzip und der aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitende Grundsatz der VerhältnismäÃ∏igkeit, das Ã∏bermaÃ∏verbot (BSG SozR 2200 § 725 Nr 10). Das Verfahren soll dem Zweck dienen, mit Mitteln des Beitragsrechts positive Anreize fþr eine verstärkte Unfallverhþtung durch den Unternehmer in seinen Betrieben zu bewirken. Nach den im Gesetz vorgesehenen Kriterien für die Höhe der Zuschläge und Nachlässe ("Zahl, Schwere oder Aufwendungen für die Versicherungsfälle") ist das tatsächliche objektive Unfallgeschehen als Folge der durch den Betrieb bedingten Gefahrenlage ausschlaggebend (BSGE 42, 129, 134 = SozR 2200 § 548 Nr 22).

Im Teil II Sonstige Bestimmungen sieht der Gefahrtarif 1990 der Beklagten, bei dem es sich wegen seiner Erstreckung \tilde{A}^{1} /4ber den Bezirk des Berufungsgerichts hinaus um objektives revisibles Recht handelt (\hat{A} § 162 SGG), unter Nr 2 vor: "Ergibt sich in Einzelf \tilde{A} ¤llen, dass wegen einer von der \tilde{A}^{1} /4blichen erheblich abweichenden Betriebsweise die Unternehmen geringeren oder h \tilde{A} ¶heren Gefahren unterliegen als die, f \tilde{A}^{1} /4r welche die Gefahrklasse im Teil I berechnet ist, so kann die Berufsgenossenschaft die Gefahrklasse um 10 bis 50 vom Hundert herabsetzen oder erh \tilde{A} ¶hen". Im Gefahrtarif 1995 findet sich eine entsprechende Regelung mit praktisch gleichem Wortlaut; dass dort "erh \tilde{A} ¶hen" durch "heraufsetzen" ersetzt wurde, hat keine materielle Bedeutung.

Diese Regelung in den Gefahrtarifen der Beklagten steht, wie schon in früheren Entscheidungen des BSG (zuletzt Urteile vom 6. Mai 2003 â∏∏ B 2 U 7/02 R â∏∏ und $\hat{a} \sqcap B 2 U 17/02 R$ -; sa <u>BSGE 27, 237</u> = SozR Nr 1 zu \hat{A} § 730 RVO; BSG Urteil vom 21. August 1991 $\hat{a} \sqcap \square 2 RU 54/90 = NZA 1992, 335$ f) festgestellt, mit \hat{A} § 725 Abs 2 RVO und nun mit § 162 Abs 1 SGB VII in Einklang. Zur Auslegung dieser bzw Ĥhnlicher Regelungen wie in dem Teil II Nr 2 der Gefahrtarife 1990 und 1995 der Beklagten hat der Senat unter Anknüpfung an die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes wiederholt entschieden, dass die Voraussetzungen fA¼r eine Herabsetzung dann erfüllt sind, wenn in Abweichung vom "Normalfall" eines Unternehmens mit regelrechter Betriebsweise, guten Einrichtungen und allen üblichen und durch die Unfallverhütungsvorschriften angeordneten Schutzvorkehrungen bei einem einzelnen Unternehmen eine Betriebsweise vorliegt, die von der in dem betreffenden Gewerbezweig ý blichen nicht unerheblich abweicht und zu einer von dem "normalen" Unternehmen nicht unwesentlich geminderten oder erhĶhten Gefahrenlage führt (vgl <u>BSGE 27, 237</u>, 242 = SozR aaO; BSG Urteil vom 21. August 1991 aaO). An dieser stĤndigen Rechtsprechung ist festzuhalten. Entscheidend fýr die Anwendung dieser Regel über die Herabsetzung der Gefahrklassen ist, dass bei einem bestimmten Unternehmen besondere betriebliche Gegebenheiten vorhanden sind und deshalb eine von der im Teil I des Gefahrtarifs vorgesehenen Gefahrklasse abweichende Veranlagung dieses Unternehmens durch die BG als gerechtfertigt angesehen wird (vgl BSGE 27, 237, 242 = SozR aaO). Diese Korrekturmöglichkeit ist auf Einzelfälle beschränkt und darf nicht dazu führen, für eine bestimmte Art von Unternehmen, die durch die

Veranlagung zu einer bestimmten Gefahrtarifstelle einer bestimmten Gefahrklasse zugeordnet wurden, ýber den Weg der Herabsetzung eine niedrigere Gefahrklasse festzusetzen (vgl BSG Urteile vom 6. Mai 2003 aaO und vom 21. August 1991 aaO). Nur zur Klarstellung sei angefýgt, dass schon aus dem im Wortlaut des Teils II Nr 2 der Gefahrtarife 1990 und 1995 verwandten Plural "Einzelfälle" folgt, dass es mehr als einen Einzelfall bei der Herabsetzung geben kann, ohne dass damit eine Festlegung notwendig oder möglich ist, wie viele Einzelfälle es jeweils im Höchstfall sein können.

Entgegen der Ansicht der Klä¤ger steht die Entscheidung der BG, ob im konkreten Einzelfall die Gefahrklasse herabzusetzen ist, nicht in deren Ermessen. Bei Vorliegen der genannten Tatbestandsvoraussetzungen (Einzelfall, erheblich abweichende Betriebsweise, geringere Unfallgefahr, Kausalitä¤t zwischen den beiden letzteren Voraussetzungen), bei denen es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt, deren Vorliegen durch Subsumtion geprä½ft werden muss, ist vielmehr die Herabsetzung im Wege einer gebundenen Entscheidung vorzunehmen; das "kann" ist insoweit nicht als Ermessens-, sondern als "Kompetenz-Kann" zu verstehen. Aus der Verwendung eines weiten Rahmens (10 bis 50 vH) fä¼r die Herab- bzw Heraufsetzung der Gefahrklasse ohne Angabe, nach welchen Kriterien dieser Rahmen im Einzelfall Anwendung finden soll, ist in Verbindung mit der Verwendung des Wortes "kann" zu entnehmen, dass die Entscheidung der BG ã¼ber den Umfang der Herabsetzung allerdings nach Ermessen zu treffen ist, insoweit also ein Auswahlermessen besteht (vgl Ricke in KasselerKomm, <u>å§ 730 RVO</u> RdNr 19 und å§ 157 SGB VII RdNr 17).

Nach diesen GrundsÄxtzen hat es die Beklagte zu Recht abgelehnt, die Gefahrklasse für das Unternehmen der Kläger nach beiden hier anzuwendenden Gefahrtarifen herabzusetzen und die BeitrĤge dementsprechend neu festzusetzen. Auf Grund der nicht mit zul\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ssigen und begr\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)ndeten Revisionsr\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)gen angegriffenen und damit für das BSG bindenden (§ 163 SGG) tatsÃxchlichen Feststellungen des LSG liegen die Voraussetzungen fýr eine Herabsetzung der Gefahrklasse der KlĤger gemĤÄ∏ Teil II Nr 2 der Gefahrtarife 1990 und 1995 der Beklagten nicht vor. Ob das LSG mit den von ihm verwendeten Begriffen "au̸ergewöhnliche, für die betreffende Unternehmensart atypische wiedergegebenen Rechtsprechung des BSG abweichen wollte, kann â∏ wie bereits bei den oben angeführten Urteilen des Senats vom 6. Mai 2003 aaO â∏∏ dahinstehen. Denn es ist nicht ersichtlich, inwieweit das Ersetzen der Formulierung "von der ý blichen erheblich abweichenden" Betriebsweise durch die Wendung "au̸ergewöhnlichen, für die betreffenden Unternehmen atypischen" Betriebsweise eine ýber den Ausdruckswechsel hinausgehende konkret fassbare Bedeutung haben kA¶nnte.

Das Tatbestandsmerkmal einer von der üblichen erheblich abweichenden Betriebsweise ist im vorliegenden Fall nicht erfüllt, sodass es auf das Bestehen der weiteren Merkmale und eine ordnungsgemäÃ∏e Ermessensausübung nicht mehr ankommt. Die Kläger betreiben nach den tatsächlichen Feststellungen des LSG ein Architekturbüro; dass ihr Unternehmen dieser Gattung angehört, wird

von ihnen auch nicht in Abrede gestellt. Als solches ist ihr Unternehmen von der Beklagten auch bindend veranlagt worden. Aus den eigenen Angaben der KlĤger, von deren Richtigkeit auch das LSG ausgegangen ist, ergibt sich, dass ihr Unternehmen nicht einem Architekturbüro fremde bzw dafür unübliche AktivitÃxten entfaltet, sondern dass es Bauprojekte plant und zum Teil auch die Bauleitung übernimmt, wie es für diesen Gewerbezweig typisch ist. Es werden mithin auch nach dem Vortrag der KlÄgger keine für den Zweig untypische Arbeits- bzw Produktionsmethoden verwandt, bei deren Vorliegen die Annahme einer Abweichung iS des Teils II Nr 2 der Gefahrtarife in Betracht käme (s dazu BSGE 27, 237, 242 = SozR aaO; Schulz SGb 1993, 402, 405). Allerdings soll sich die erheblich abweichende Betriebsweise aus dem unterschiedlichen Umfang der einzelnen Tätigkeitsgruppen â∏∏ Ã∏berwiegen der planerischen Bürotätigkeiten gegenüber den Tätigkeiten mit AuÃ∏endienst â∏∏ ergeben. Es kann dahingestellt bleiben, ob mit diesem Vorbringen A¹/₄berhaupt schlA¹/₄ssig eine abweichende Betriebsweise dargelegt wird. Vergleichsma̸stab kann nämlich in diesem Rahmen nicht ein durchschnittliches Architekturbüro schlechthin sein, sondern es ist auf die übliche Betriebsweise der in der betreffenden Gefahrengemeinschaft zusammengefassten Mitgliedsunternehmen der BG abzustellen. Dessen ungeachtet hat das LSG festgestellt, dass bei der Unternehmensart "Architekturbüro" im Bereich der entsprechenden Gefahrtarifstelle der Beklagten eine überwiegende bis ausschlieÃ∏liche Bürotätigkeit noch zu den üblichen Betriebsweisen zählt. Diese tatsÄxchlichen Feststellungen sind ebenfalls nicht mit zulÄxssigen und begründeten Verfahrensrügen angegriffen und daher für das BSG bindend (§ 163 SGG). Danach handelt es sich bei der Betriebsweise des Unternehmens der KlĤger noch um eine Variante der üblichen Betriebsweise, jedenfalls weicht sie nicht erheblich davon ab. Weitere Besonderheiten in der Betriebsweise des Unternehmens der KlĤger hat das LSG nicht festgestellt und werden von den Klägern im Rahmen ihrer Revisionsbegründung auch nicht vorgetragen. Wollte man den Mitgliedsunternehmen mit dieser Betriebsvariante eine Herabsetzung der Gefahrklasse zubilligen, würde dies im Kern die Schaffung einer neuen, im Gefahrtarif bisher nicht vorgesehenen Gefahrklasse für eine bestimmte Art von Unternehmen, die einer bestimmten Gefahrtarifstelle einer bestimmten Gefahrklasse zugeordnet sind, bedeuten; eine solche MA¶glichkeit wird durch Teil II Nr 2 der Gefahrtarife aber gerade nicht erĶffnet (vgl BSG Urteile vom 6. Mai 2003 $\hat{a} \sqcap \exists B 2 \cup 7/02 R \hat{a} \sqcap \exists und vom 21$. August 1991 $\hat{a} \sqcap \exists 2 RU 54/90 = NZA 1992, 335 f).$

Da die Beitragsbescheide fýr die Jahre 1994 bis 1997 von den Klägern allein im Hinblick darauf angefochten werden, dass der Beitragsfestsetzung die ihrer Ansicht nach herabzusetzende Gefahrklasse zu Grunde gelegt worden ist und weitere die Rechtswidrigkeit begrÃ⅓ndende Umstände nicht ersichtlich sind, ist die Revision auch insoweit unbegrþndet.

Die Revision der KlĤger war nach alledem zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des $\frac{\hat{A}\S}{SGG}$ in der bis zum 1. Januar 2002 geltenden Fassung.

Erstellt am: 06.02.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024